

Übersicht: Auswertung ausgewählter Schwerpunkte Energie / Wasser im Koalitionsvertrag „Bündnis für den Norden. Neue Horizonte für Schleswig-Holstein“

Thema	Politische Ansätze	ggf. erste Bewertung
GRUNDSÄTZLICHES /QUERSCHNITTHEMEN		
Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein (S.35)	<ul style="list-style-type: none"> - Gemäß Koalitionsvertrag ähnliches Modell wie in NRW geplant - Dort: Fokus eigene Treibhausgasminderungsziele, verbindliche Zielvorgaben für das Verwaltungshandeln, verbindliche Klimaschutzkonzepte, Verpflichtung u.a. kommunaler Unternehmen zur Umsetzung der Landesvorgaben 	<ul style="list-style-type: none"> - Konkrete Ausgestaltung ist abzuwarten und dann zu bewerten - Grundsätzlich bewertet der BDEW ein Gesetz analog zum Klimaschutzgesetz NRW als problematisch: - Gefahr der einseitigen Benachteiligung kommunaler Unternehmen, die Maßnahmen verpflichtend umsetzen sollen - Es entsteht eine akute Rechts- und Investitionssicherheit, z.B. durch den Widerspruch landeseigener verbindlicher CO2-Ziele und dem TEHG
Kommunalverfassung (S.40)	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeindefirtschaftsrecht mit Fokus auf erweiterte wirtschaftliche 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Maßnahme ist mit Blick auf die jüngste Novellierung positiv zu

Thema	Politische Ansätze	ggf. erste Bewertung
	Betätigungsmöglichkeiten erweitern	bewerten und wird insbes. dem hohen Potenzial der EVU z.B. im Bereich Energieeffizienz gerecht
CCS, Fracking (S.36)	<ul style="list-style-type: none"> - Zielstellung: Bundesweites Verbot von CCS-Maßnahmen (nach Darstellung in der Anlage bisher unklar, ob dies auch für Fracking gilt) 	<ul style="list-style-type: none"> - Der BDEW steht sowohl bei CCS wie Fracking auf dem Standpunkt eines kompromisslosen Vorranges für die Trinkwasserressourcen; entsprechend fordert der BDEW z. B. das Unterlassen von Fracking in Trinkwasserschutz-zonen und die Einleitung einer UVP. Ein grundsätzliches bundesweites Verbot auch bei geeigneten geologischen Gegebenheiten betrachtet der BDEW jedoch kritisch
ENERGIE		
Landesnetzagentur (S.40)	<ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Kündigung der Organleihe, nach Möglichkeit gemeinsame Lösung der 	<ul style="list-style-type: none"> - Prüfungsansatz bleibt hinter der klaren Forderung nach der Beendigung der Organleihe im

Thema	Politische Ansätze	ggf. erste Bewertung
	<p>norddeutschen Bundesländer</p>	<p>Wahlprogramm der SPD zurück</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der BDEW hat die Position für eine Beendigung der Organleihe in zahlreichen Stellungnahmen vertreten und wird sich weiter hierfür einsetzen
<p>Erneuerbare Energien (S. 35 f.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kapazitäten: Bis 2020 300% des eigenen Bedarfs aus Erneuerbaren Energien decken - Wind onshore: Weiterentwicklung Runderlass Wind, Unterstützung kommunaler Anträge zur Ausweisung von Windeignungsflächen - Wind offshore: Vernetzung mit maritimer Wirtschaft fördern - Biogas: Bedarfsgerechte Produktion, Effizienz und Umsetzung erweiterter 	<ul style="list-style-type: none"> - Kapazitäten: Ambitionierte Zielsetzung, die einen zeitnahen und konsequenten Netzausbau auch in den Verteilnetzen voraussetzt - Wind onshore: Grundsätzlich ist die Verbesserung der Flächenausweisung zu begrüßen – konkrete Transparenzvorgaben bei der Ausweisung fehlen jedoch, um auch den lokalen und regionalen EVU eine Teilnahme am Wettbewerb um die Flächen zu

Thema	Politische Ansätze	ggf. erste Bewertung
	<p>Wärmenutzungskonzepte fördern</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wasserkraft: Unterstützung des Baus von Kleinwasserkraftwerken 	<p>sichern</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wind offshore: Der Einbezug der maritimen Wirtschaft in die Planung von Offshore-Windparks ist zu begrüßen – grundsätzlich sollten aber alle beteiligten Akteure (auch Zulieferer, Anlagenbauer, Landesbehörden etc.) stärker in einen Masterplan zur besseren Kapazitätsplanung eingebunden werden - Biogas: Der BDEW befürwortet eine stärkere Marktintegration von Biogasanlagen und die stärkere Verknüpfung mit dem Wärmemarkt – dies ist zu begrüßen. Es fehlt im nächsten Schritt jedoch die logische Konsequenz, Hemmnisse von Biogas im Wärmemarkt abzubauen und die Nutzungsmöglichkeiten im Rahmen des EEWärmeG zu

Thema	Politische Ansätze	ggf. erste Bewertung
		<p>verbessern (Anerkennungsmöglichkeit von Biogasnutzung in Brennwertkesseln)</p>
<p>Kohlekraftwerke</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kein Neubau von Kohlekraftwerken - Bundesweiter Mindestwirkungsgrad neuer Kraftwerke i. H. v. 57% über den Bundesrat anzuregen 	<ul style="list-style-type: none"> - Mit Blick auf den Erhalt der Versorgungssicherheit bei geplanten Kraftwerksstilllegungen und den wichtigen Systemdienstleistungsbeitrag dieser Kraftwerke ist dies problematisch zu bewerten
<p>Stromnetze (S.37 f.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtssichere Übertragung von Netzen erleichtern und rechtssicher gestalten als Teil einer Rekommunalisierungsstrategie - Modellregion intelligenter Netze / Smart Grids etablieren - Bedarfsprüfung Netzausbau - Neue 110 kV-Leitungen nach 	<ul style="list-style-type: none"> - Netzseitiger Fokus auf Übertragungsleitungen, keine Ansätze für den wichtigen Ausbau der Verteilnetze enthalten - Förderung der leichteren und rechtssicheren Übertragung von Netzen ist zu begrüßen; dies gilt in der Praxis aber aus Sicht des BDEW grundsätzlich für die

Thema	Politische Ansätze	ggf. erste Bewertung
	<p>Möglichkeit als Erdkabel ausführen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründung einer Landesnetzgesellschaft 	<p>Abstimmung zwischen netzabgebendem und – aufnehmendem Netzbetreiber unabhängig von vorliegender Anteilseignerschaft</p>
<p>Wärme und Energieeffizienz (S.39f.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Sukzessive Ausweisung von Vorranggebieten für Wärmenetze als Ziel der Raumplanung, Quartierssanierungsansatz - Fokus bei geförderten Baumaßnahmen auf Erfüllung von Effizienzzielen +20-30% über EnEV-Standard - Unterstützung der EU-EnEff-RL im Sinne des EU-Parlaments (darin u.a.: verpflichtende Einsparungen für EVU) 	<ul style="list-style-type: none"> - Grundsätzlich vermisst der BDEW ein Bekenntnis zur Auflösung des Sanierungsstaus, durch Klärung der Kosten des Gesetzes zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden - Die Förderung der Rahmenbedingungen von Contracting-Maßnahmen werden nicht thematisiert, insbes. die möglichen Veränderungen im Rahmen des kommenden Mietrechtsänderungsgesetzes

Thema	Politische Ansätze	ggf. erste Bewertung
		<ul style="list-style-type: none"> - Wärmenetze: Grundsätzlich ist eine stärkere Verzahnung von Sanierungs- und Wärmeversorgungskonzepten zu unterstützen – hierbei ist im Sinne der Wirtschaftlichkeit jedoch statt ordnungspolitischer Fixierung auf Wärmenetze das Prinzip der Technologieoffenheit und die individuelle (Gas-) Netzsituation zu berücksichtigen - EU-EnEff-RL: Der BDEW spricht sich klar gegen verpflichtende jährliche Energieeinsparungen i.H.v. 1,5% durch die EVU aus – diese haben zum einen keinen unmittelbaren Einfluss auf den Verbrauch, zum anderen würde dies einen deutlichen

Thema	Politische Ansätze	ggf. erste Bewertung
		Wettbewerbsnachteil im Markt bedeuten
WASSER		
Vorrangflächen (S.42)	<ul style="list-style-type: none"> - Naturvorrang auf 15% der Landesfläche sichern - Landesvorkaufsrecht für Flächen wiedereinführen 	
Vertragsnaturschutz (S. 42)	<ul style="list-style-type: none"> - Evaluierung der Maßnahmen zum Vertragsnaturschutz 	
Verbesserung des Gewässerzustandes (S.43)	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz der Gewässerrandstreifen vor Nährstoffeinträgen - Überarbeitung der DüngeVO auf Bundesebene 	<ul style="list-style-type: none"> - DüngeVO: Positives Signal, den Stillstand in der Weiterentwicklung der DüngeVO zu beenden - Landeseigene Verbringungsverordnung gemäß § 6 der Verordnung über das Inverkehrbringen und Befördern von Wirtschaftsdünger wäre möglich und ggf. anzustreben

Thema	Politische Ansätze	ggf. erste Bewertung
Verhältnis zur Landwirtschaft (S.47f.)	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung des NAP zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes - Weiterentwicklung der Guten fachlichen Praxis – bewährte freiwillige Vereinbarungen sollen rechtsverbindlich gestellt werden - Prüfung ggü. Landwirtschaftskammer: Trennung übertragener hoheitlicher Aufgaben und Selbstverwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen sind grundsätzlich zu begrüßen
Viehhaltung (S.49)	<ul style="list-style-type: none"> - Einsetzen der Landesregierung für eine Veränderung der Regelungen der Privilegierung von Stallbauten gemäß BBauGB / BImSchG - Förderung öffentlicher Beteiligungsverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> - Obergrenze Bestandsgröße v. Ställen wie im Wahlprogramm der Grünen vorgesehen, ist nicht mehr berücksichtigt; wäre eine sinnvolle Ergänzung der Forderungen
Biogasanlagen	<ul style="list-style-type: none"> - Bundesratsinitiative zur kommenden 	<ul style="list-style-type: none"> - Grundsätzlich ist eine noch stärkere Berücksichtigung der natürlichen

Thema	Politische Ansätze	ggf. erste Bewertung
	EEG-Novelle: Effizienzsteigerung - Prüfung, ob Neubaubegrenzung von Biomaisanlagen durch Landes-/ Regionalplanung zu begrenzen	Ressourcen bzgl. der Biogasanlagen im Sinne des Trinkwasserschutzes zu begrüßen - Eine konkrete Verbandspositionierung, die Belange von Energie- und Wasserseite gleichermaßen berücksichtigt, ist in Vorbereitung